Bayerische Staatsregierung



Sie befinden sich hier: Startseite > Presse > Pressemitteilungen

Pressemitteilungen

INTERPOL-Generalsekretär Prof. Dr. Stock und Bayerns Justizminister Eisenreich unterzeichnen Kooperationsvereinbarung / Bericht über Vernehmung eines Zwangsarbeiters einer Betrugs-Fabrik aus Bangladesch in Bamberg / Eisenreich: "Kriminalität …

11. Juli 2024

Seit 2015 ermittelt die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) bei der General-staatsanwaltschaft Bamberg erfolgreich in herausgehobenen Verfahren im Bereich Cyberkriminalität. Die ZCB verfügt über zahlreiche nationale und internationale Kontakte. Durch die internationale Zusammenarbeit konnte erstmals ein Zwangsarbeiter einer Betrugs-Fabrik in Asien nach Bayern eingeflogen und durch die Staatsanwälte der ZCB vernommen werden. Um sich für die Ermittlungen noch besser zu rüsten, arbeiten die bayerischen Cybercrime-Spezialisten künftig noch enger mit INTERPOL zusammen, einem zentralen Akteur der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Jürgen Stock, Generalsekretär von INTERPOL und der bayerische Justizminister Georg Eisenreich haben heute (11. Juli) eine Kooperationsvereinbarung im Münchner Justizpalast unterzeichnet. Eisenreich: "Cyberkriminalität macht vor Ländergrenzen nicht Halt. Die Täter agieren sehr häufig aus dem Ausland. Fast alle Verfahren der ZCB haben daher internationale Bezüge. Zudem zeichnet sich im Internet der Zukunft eine Vielzahl neuer Kriminalitätsformen ab. Deshalb freue ich mich, dass wir unsere bereits erfolgreiche Zusammenarbeit mit INTERPOL für die Zukunft weiter stärken."

INTERPOL ist mit 196 Mitgliedsstaaten ein zentraler Akteur der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit. INTERPOL-Generalsekretär Prof. Dr. Jürgen Stock: "Cyberkriminalität und durch das Internet ermöglichte Straftaten nehmen explosionsartig zu; Bedrohungen für die Innere Sicherheit kommen zunehmend von außerhalb der eigenen Landes- und Zuständigkeitsgrenzen. Zusammenarbeit auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ist vor diesem Hintergrund wichtiger denn je. Der grenzüberschreitende Austausch von Informationen und die Verfügbarkeit dieser Informationen in der täglichen Ermittlungsarbeit vor Ort sind entscheidend für die Abwehr von Gefahren und erfolgreiche länderübergreifende Strafverfolgung. Das Kooperationsabkommen zwischen INTERPOL und dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen kriminelle Bedrohungen im Cyberraum, um das Netzwerk der Strafverfolgung enger zu knüpfen im Kampf gegen transnational operierende kriminelle Netzwerke."

Die ZCB pflegt seit Jahren enge Beziehungen zu INTERPOL und entsendet regelmäßig Staatsanwältinnen und Staatsanwälte an das Generalsekretariat im französischen Lyon und an den "Interpol Global Complex for Innovation" in Singapur. Ende Juni 2024 kehrte Staatsanwältin Dr. Barbara Krüll von einer dreimonatigen Hospitation beim INTERPOL Financial Crime & Anti-Corruption Centre in Lyon zurück. Seit 2018 gibt es eine gemeinsame Arbeitsgruppe der ZCB mit INTERPOL u. a. zur Entwicklung innovativer Ermittlungsansätze zur Bekämpfung neuer Kriminalitätsphänomene. Zuletzt fand dieses "Interpol New Technologies Expert Forum" als zweitätige gemeinsame Veranstaltung von bayerischer Justiz und INTERPOL im Oktober 2023 in Erlangen mit 73 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 32 Ländern

statt. Die gemeinsamen Vorbereitungen für die Neuauflage Anfang Oktober 2024 in Singapur laufen bereits. **Minister Eisenreich:** "Der Austausch ist für alle Beteiligten äußerst gewinnbringend und führt zu wertvollen Erfahrungen, einer engen Vernetzung und dadurch zu weiteren Ermittlungserfolgen."

Die erfolgreiche grenzübergreifende Zusammenarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag in vielen Ermittlungsverfahren der ZCB. Als Beispiel nannte der **Bamberger Generalstaatsanwalt Wolfgang Gründler** die Vernehmung eines Zwangsarbeiters einer Betrugs-Fabrik, der kürzlich aus Bangladesch nach Bayern eingeflogen wurde. Er wurde in einer Betrugsfabrik zum "Pig Butchering" eingesetzt und musste Opfer überreden, in Kryptowährungen auf gefälschten Trading-Plattformen oder -apps zu investieren (Pressemitteilung zum Phänomen hier abrufbar).

Mit der heute unterzeichneten Kooperationsvereinbarung vertiefen INTERPOL und die bayerische Justiz ihre kontinuierliche Zusammenarbeit, aus der weitere innovative Ansätze für die Strafverfolgung folgen sollen. Die wesentlichen Ziele der Kooperation sind u. a. der gemeinsame Einsatz für den Schutz gefährdeter Gruppen, insbesondere von Kindern vor sexueller Ausbeutung, sowie die Bekämpfung grenzüberschreitender Cyberkriminalität in der Wirtschafts- und Finanzwelt.

Justizminister Eisenreich: "Generative KI hat eine rasante technologische Entwicklung genommen. Das Missbrauchspotenzial von KI ist aber enorm. Mithilfe täuschend echt wirkender Videos und perfekt imitierter Stimmen können Täter etwa bekannte Methoden wie "CEO-Fraud" oder Enkeltrickbetrug perfektionieren. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz sind Phishing-Mails heute professionalisiert und vor allem oftmals individualisiert." Zudem werde es immer leichter, vor allem Frauen und Mädchen mit Deepfake-Technologie in pornografische Fotos oder Videos einzubauen. "Plattformen wie unser gemeinsames New Technologies Forum mit INTERPOL leisten einen wichtigen Beitrag, damit unsere Staatsanwälte technisch den Anschluss an diese Entwicklungen halten können."

Eisenreich: "Unsere Spezialisten der ZCB kooperieren bei der Strafverfolgung erfolgreich mit nationalen und internationalen Partnern. Ich möchte mich bei **Prof. Dr. Stock** herzlich bedanken, dass wir die wichtige Zusammenarbeit zwischen INTERPOL und der bayerischen Justiz heute auf ein neues Fundament für die Zukunft stellen können."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit

